



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Steffen Janich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 8. Juni 2023

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Mai 2023**
HIER Arbeitsnummer 5/638

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Steffen Janich
vom 31. Mai 2023
(Monat Mai 2023, Arbeits-Nr. 5/638)

Frage

Rechnet die Bundesregierung im zeitlichen Zusammenhang mit der Verurteilung von Mitgliedern der "Hammerbande" durch das OLG Dresden mit Anschlägen durch Linksextremisten spezifisch in Bahnhofsbereichen und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundespolizei, um diese zu verhindern?

Antwort

Das vom Fragesteller genannte Strafverfahren stößt in der gewaltorientierten links-extremistischen Szene bereits seit den ersten Exekutivmaßnahmen und der Festnahme der Hauptangeklagten im Jahr 2020 auf hohe Resonanz. Neben Solidaritätsaufrufen und Protestkundgebungen gab es in dem Zusammenhang seitdem bundesweit immer wieder auch Straftaten wie Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen von Linksextremisten.

In Zusammenhang mit dem genannten Strafverfahren mobilisierte die linksextremistische Szene frühzeitig europaweit für Versammlungen und Aktionen am „Tag X“, den auf die Urteilsverkündung folgenden Samstag. Insbesondere im Leipziger Stadtteil Connewitz kam es vor diesem Hintergrund am 3. Juni 2023 zu erheblichen linksextremistischen Ausschreitungen und gewalttätigen Aktionen. Die hohe Polizeipräsenz vor Ort, darunter rund 1.400 Bundespolizisten in originärer Zuständigkeit bzw. zur Unterstützung der Polizei Sachsen, verhinderte eine Ausdehnung dieses gewalttätigen Protests über den Stadtteil hinaus und ermöglichte zahlreiche Festnahmen und Identitätsfeststellungen.

Im Vorfeld der Verurteilung der vier Linksextremisten durch das Oberlandesgericht (OLG) Dresden haben sich die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer engen Zusammenarbeit über mögliche Gefährdungsaspekte für die innere Sicherheit im Zusammenhang mit möglichen Reaktionen der linksextremistischen Szene ausgetauscht und eine Gefährdungsbewertung erstellt.

Die Bundespolizei bezieht diese spezifische Gefährdungsbewertung fortlaufend in ihre Lagebeurteilungen ein und richtete ihre Maßnahmen im Kontext des genannten Verfahrens und der Urteilsverkündung des OLG Dresden sowie ihren Kräfteinsatz danach aus.

Zur Verhinderung und Unterbindung der Einreise sowie der Anreise gewaltbereiter bzw. krimineller Personen nach Leipzig bzw. zur Aufklärung des Anreisepotentials führte die Bundespolizei bundesweit lageangepasst an relevanten Landgrenzen, in grenzüberschreitenden Reisezügen und auf den deutschen Verkehrsflughäfen verstärkt offene und verdeckte Aufklärungs-, Fahndungs-, Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen durch. Diese Maßnahmen setzten sich im Inland zur Gewährleistung der Sicherheit des Bahnverkehrs sowie der Reisenden fort. Hierzu hat die Bundespolizei im zeitlichen Umfeld der Urteilsverkündung insbesondere an den Bahnhöfen in der Stadt Leipzig ihren Kräfteinsatz deutlich erhöht.

Linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten könnten auch künftig verstärkt mit der Verurteilung begründet und möglicherweise auch intensiviert werden. Zudem könnte es Angriffe auf tatsächliche oder als solche ausgemachte Rechtsextremisten geben. Eine derartige Tat, die am 15. Februar 2020 am Bahnhof Wurzen stattgefunden hatte, war auch Gegenstand der aktuellen Entscheidung des OLG Dresden. Die abstrakte Gefahr weiterer solcher Taten bleibt aktuell und auch für die Zukunft bestehen.